



Brief aus dem Bundestag

Heike Brehmer MdB

Ausgabe 8-2011_Nr.26

Von der Schulbank in den Plenarsaal



Heike Brehmer MdB begrüßt Harzer Teilnehmer von „Jugend und Parlament“ im Deutschen Bundestag

Vom 04. bis 07. Juni 2011 tauschten 312 Jugendliche aus ganz Deutschland die Schulbank gegen den Plenarsaal und stellten im Planspiel „Jugend und Parlament“ das parlamentarische Gesetzgebungsverfahren nach. Die 16- bis 20-jährigen schlüpften dabei in die Rollen von Abgeordneten und simulierten an den Original-Schauplätzen des Parlaments, wie der Deutsche Bundestag und der Weg zur Gesetzgebung funktionieren.

Die Harzer CDU-Bundestagsabgeordnete Heike Brehmer begrüßte dazu aus ihrem Wahlkreis den Halberstädter Felix Schlamm (17), der während seines viertägigen Parlamentsaufenthalts der fiktiven Fraktion LRP (Liberaler Reformpartei) zugelost wurde und aus erster Hand erfahren durfte, was es heißt, Politik selbst in die Hand zu nehmen. „Ich hätte nicht gedacht, dass der politische Alltag so anspruchsvoll ist, wie ich ihn hier erlebt habe“, so der Schüler des Gymnasiums Martineum. „Es war eine echte Herausforderung.“

Heike Brehmer lobte das spürbare Engagement der Jugendlichen und ergänzte: „Es war schön und interessant zu sehen, wie die Jugendlichen im Planspiel die sonst oftmals so ferne Politik hautnah erlebten, selber Gesetzesentwürfe erarbeiteten und Abstimmungen vornahmen. Hier hatten die „Jungparlamentarier“ einen guten Einblick in komplexe Entscheidungsprozesse und konnten diese einfacher nachvollziehen.“

Für die jungen Nachwuchspolitiker standen im Planspiel, welches jedes Jahr vom Besucherdienst des Bundestages organisiert wird, aktuelle Themen aus den Bereichen Energiesicherheit, Pressefreiheit, Bildung und Wahlrechtsfragen auf der Tagesordnung. Weitere Informationen rund um das Planspiel sowie Angebote für Kinder und Jugendliche im Deutschen Bundestag unter www.bundestag.de.

Mindestlöhne im Wach- und Sicherheitsgewerbe begrüßt

Ab dem 01. Juni 2011 gibt es für rund 175.000 Beschäftigte aus dem Wach- und Sicherheitsgewerbe Anspruch auf einen Mindestlohn. Die vom Bundeskabinett beschlossene Verordnung zur Regelung eines einheitlichen Branchen-Mindestlohns für das Wach- und Sicherheitsgewerbe verpflichtet Arbeitgeber, ihren in Deutschland beschäftigten Arbeitnehmern einen Mindestlohn zu zahlen.

Die Harzer CDU-Bundestagsabgeordnete Heike Brehmer befürwortet den Branchen-Mindestlohn und führt an: „Der Mindestlohn im Wach- und Sicherheitsgewerbe ist ein weiterer wichtiger Schritt, unsere deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Lohndumping zu schützen.“

„Gleichzeitig ist er soziale Leitplanke für die Arbeitnehmerfreizügigkeit, die wir seit dem 1. Mai 2011 in acht Staaten der EU haben“ erklärt Heike Brehmer, die im Deutschen Bundestag im Ausschuss für Arbeit und Soziales tätig ist und ergänzt: „Mit der Union ist dieses Instrument weiter auf dem Vormarsch. Auf politischer Ebene wird nun das für allgemeinverbindlich erklärt, worauf sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber in der Branche selbst geeinigt haben.“

Der Mindeststundenlohn für Dienstleistungen im Wach- und Sicherheitsgewerbe startet zum 1. Juni 2011 mit einem Betrag in Höhe von 6,53 Euro. Bis zum Jahr 2013 soll es eine stufenweise Anhebung geben.



Ausbildungspreis für Unternehmen, Schulen und Initiativen

Engagierte Ausbilder zu finden und zu würdigen, das ist das Ziel des Preises „Ausbildungs-Ass“, den die Wirtschaftsjuvenen Deutschland gemeinsam mit den Junioren des Handwerks und der INTER Versicherungsgruppe ausgeschrieben haben. Bis Ende Juli können sich Unternehmen, Schulen und Initiativen bewerben, die Jugendliche in besonderer Weise auf dem Weg ins Berufsleben unterstützen.

Die Bewerbungskriterien für den mit insgesamt 15.000 Euro dotierten Preis sind unter anderem die Anzahl und Qualität von zukunftssicheren Ausbildungsplätzen, die Kreativität der Ausbildungsmethoden, der persönliche Einsatz sowie die Effizienz des Engagements. Die Harzer CDU-Bundestagsabgeordnete Heike Brehmer unterstützt die Preisausschreibung: „Auch in Zeiten lebenslangen Lernens ist eine gute Ausbildung wichtig, um erfolgreich ins Berufsleben zu starten. Deshalb unterstütze ich das Anliegen der Wirtschaftsjuvenen, engagierte Ausbilder auszuzeichnen, ihre Projekte bekannt zu machen und ihnen für ihr Engagement zu danken.“



Bewerben können sich Unternehmen und Handwerksbetriebe, die sich in hohem Maße für die Ausbildung einsetzen, sowie Schulen und Institutionen, die an außer-, überbetrieblichen oder schulischen Initiativen mitwirken. Die Preise werden in den Kategorien „Industrie, Handel, Dienstleistungen“, „Handwerk“ und „Ausbildungsinitiativen“ vergeben. „Ich würde mich freuen, wenn sich Unternehmen und Initiativen auch hier aus der Region bewerben und vielleicht bald den Titel Ausbildungs-Ass tragen können.“, so die CDU-Bundestagsabgeordnete.

Bewerber finden weitere Informationen unter: www.ausbildungsass.de

Regierungsprogramm zur Elektromobilität auf den Weg gebracht

Das Bundeskabinett verabschiedete jetzt das Regierungsprogramm zur Elektromobilität. Dazu nahmen Vertreter von Unternehmen, Verbänden und Forschung im Bundestagsausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in einer Öffentlichen Anhörung Stellung.

In diesem Zusammenhang erklärt die Harzer CDU-Bundestagsabgeordnete Heike Brehmer: „Wir als CDU/CSU-Fraktion begrüßen ausdrücklich das Regierungsprogramm zur Elektromobilität. Es schafft politische und wirtschaftliche Anreize für einen breiten Markt und bietet enorme Chancen auch für den Arbeitsmarkt und die Umwelt.“ Dies machten die Koalitionsfraktionen auch in ihrem Antrag zur Elektromobilität deutlich und begrüßten alle Bestrebungen, verstärkt auf erneuerbare Energiequellen auf dem Gebiet der Mobilität zu setzen.

„Die Bundesrepublik hat dabei die einmalige Möglichkeit, zum Leitanbieter für eine nachhaltige und bezahlbare Mobilität zu werden“ ergänzt Heike Brehmer und betont: „Der Landkreis Harz als Modellregion Erneuerbarer Energien macht es vor. Was wir brauchen ist eine nutzerfreundliche und kostengünstige Technologie, damit Bürgerinnen und Bürger auch im praktischen Alltag auf elektrisch betriebene Fahrzeuge umsatteln.“



Um dies zu erreichen, wird das Bundesumweltministerium bis Ende des Jahres mehr als 100 Millionen Euro für Projekte zur Verfügung stellen, die Elektroautos zur marktfähigen Umweltinnovation machen und Fahrzeuge von der Teststrecke auf die Straße bringen.



Opfern von Unrecht in der Heimerziehung wirksam helfen

Zu oft haben Kinder und Jugendliche, die in der Nachkriegszeit in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR in Heimen aufgewachsen sind, viel Leid und Unrecht erlitten. Ganz überwiegend befanden sich diese Heime in kirchlicher und kommunaler Hand. Verantwortlich für die Einweisung und die Unterbringung waren die Jugendämter und die Landesjugendämter. Es gab Heime mit fürsorglicher Unterbringung, aber auch Heime, in denen Kindern und Jugendlichen systematisch Unrecht zugefügt wurde.

In den sogenannten Jugendwerkhöfen der DDR waren Kinder und Jugendliche unter teilweise erschreckenden Bedingungen untergebracht. Kein ehemaliges Heimkind sah für sich die Möglichkeit, jemanden um Hilfe zu bitten oder sich bei einer Institution beschweren zu können. In der alten Bundesrepublik schied dies faktisch aus, in der DDR gab

es nicht einmal die theoretische Möglichkeit.

Für die Anerkennung des Unrechts und Leids, das Kindern und Jugendlichen in Heimen widerfahren ist, setzt sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion nachdrücklich ein und will für die Betroffenen eine Wiedergutmachung vorsehen. Maßgeblich hat sich die Fraktion deshalb für den interfraktionellen Antrag „Opfern von Unrecht und Misshandlungen in der Heimerziehung wirksam helfen“ eingesetzt, der am 09. Juni 2011 im Plenum des Deutschen Bundestages beraten wurde.

Mit diesem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, einen Vorschlag zur Umsetzung der Empfehlungen vorzulegen, die der Runde Tisch „Heimerziehung in den 50er und 60er Jahren“ im vergangenen Januar ausgesprochen hat. Zu den Empfehlungen gehören u.a. die

Vereinfachung der Einsichtnahme der Betroffenen in ihre damaligen personenbezogenen Akten, die Einrichtung von Anlauf- und Beratungsstellen sowie finanzielle Maßnahmen zur Minderung noch vorhandener Folgen aus der Zeit der Heimunterbringung und zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der Heimerziehung.

Das Schicksal der Kinder und Jugendlichen in Heimen der DDR war nicht Gegenstand der Beratungen der Runden Tisches, weil sich dessen Arbeit allein auf die Petitionen zum Schicksal ehemaliger Heimkinder in der alten Bundesrepublik bezog. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich jedoch erfolgreich dafür stark gemacht, auch für die ehemaligen Heimkinder in der DDR Hilfsangebote vorzusehen und diese an den Empfehlungen des Runden Tisches zu orientieren.

Ökonomischer Optimismus und gesellschaftlicher Pessimismus

Laut der Wirtschaftswoche (Institut für Demoskopie Allensbach) zählen 52% der Deutschen Deutschland zu den wachstumsstärksten Nationen und annähernd zwei Drittel gehen sogar davon aus, dass diese Position in den nächsten 15 Jahren weiter ausgebaut werden kann.

Sie trauen Deutschland zu, auch in einem schärfer werdenden internationalen Wettbewerb auf absehbare Zeit erfolgreich bestehen zu können. Dem ökonomischen Selbstvertrauen steht jedoch ein beträchtlicher Pessimismus in Bezug auf die gesellschaftliche Entwicklung gegenüber. Trotz eines deutlichen Rückgangs der Arbeitslosigkeit halten zwei Drittel der Deutschen ihre private Zukunft für kaum berechenbar und langfristig nicht planbar. Dass die sozialen Unterschiede im Innern anwachsen und immer mehr Menschen nicht mehr mithalten können, ist die Ansicht einer großen Mehrheit. Zwar hat der Aufschwung zu einer Trendwende bei der Einschätzung geführt, ob eine florierende Wirtschaft ein Garant für den Wohlstand der Bürger ist. Doch ist die Überzeugung, dass die Bürger in der Regel von einer rasch wachsenden Wirtschaft profitieren, auch unter dem Eindruck starker Wachstumsraten nur von 22 auf 36% angestiegen.

In der Phase der Wachstumsschwäche und unter dem Eindruck der Wirtschafts- und Finanzkrise war sie zwischen 2002 und 2008 auf 22% gefallen. Im Jahr 2008 waren zudem 69% der Deutschen der Ansicht, dass es der Wirtschaft gut gehen kann, ohne dass die Bürger davon profitieren. 2011 ist noch immer eine Mehrheit dieser Meinung; ihr Anteil ist jedoch von 69% auf 52% zurückgegangen.



Die Themen aus dem Parlament

In zweiter und dritter Lesung stand am 09. Juni 2011 das **Steuervereinfachungsgesetz 2011** zur Beschlussfassung an, mit dem das Besteuerungsverfahren vereinfacht und weiter modernisiert wird.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat am 09. Juni 2011 eine **Regierungserklärung zur Energiepolitik** abgeben und darlegt, wie der Umstieg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien gestaltet und damit eine der größten technischen, volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen in der Geschichte der Bundesrepublik angenommen werden soll. In erster Lesung wurde hierzu ein umfangreiches energiepolitisches Gesetzespaket der Koalition beraten.

Bundesminister Wolfgang Schäuble hat am 10. Juni 2011 eine Regierungserklärung zur Euro-Stabilität und den aktuellen Entwicklungen im Zusammenhang mit Griechenland und dem Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM) abgegeben.

Ziel des am 09. Juni 2011 in zweiter und dritter Lesung verabschiedeten Gesetzes zur Änderung des **Infektionsschutzgesetzes und weiterer Gesetze ist die Vermeidung und bessere Bekämpfung** von Krankenhausinfektionen. Dazu soll u.a. beim Robert Koch-Institut eine Kommission „Antieffektiva, Resistenz und Therapie“ (Kommission ART) eingerichtet werden, die Ärzten Empfehlungen für einen sachgerechten Einsatz von Antibiotika gibt. Empfehlungen zur Krankenhaushygiene und Infektionsprävention sollen insgesamt eine größere Verbindlichkeit erhalten. Krankenhausleiter werden zukünftig explizit zur Einhaltung der Infektionshygiene und der Präventionsmaßnahmen nach dem Stand der Wissenschaft verpflichtet. Zudem werden die Länder ermächtigt und verpflichtet, für alle relevanten Einrichtungen des Gesundheitswesens entsprechende Rechtsverordnungen zu erlassen.

Ebenfalls in zweiter und dritter Lesung stand das Gesetz zur **Anpassung der Rechtsgrundlagen für die Fortentwicklung des Emissionshandels** zur Verabschiedung an, mit dem die umfassend geänderte EU-Emissionshandels-Richtlinie in

nationales Recht umgesetzt wird. Künftig wird die **Gesamtemissionsmenge für den EU-Emissionshandel** kontinuierlich abgesenkt sowie der Luftverkehr und weitere emissionsintensive Industriebranchen in den Emissionshandel einbezogen. Ab 2013 wird es europaweit einheitliche Zuteilungsregeln geben. Diese europäische Harmonisierung beseitigt die bislang bestehenden Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Mitgliedstaaten. Der gesamte Bereich der Emissionsüberwachung wird zukünftig vom Umweltbundesamt vollzogen. Im Hinblick auf den Vollzug des Emissionshandels bleibt es bei der Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern.

Mit dem am 09. Juni 2011 in erster Lesung beratenen **Gesetz zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf wird die Pflege von Familienangehörigen durch Berufstätige** erleichtert. Vorgesehen ist die Einrichtung einer Familienpflegezeit, in der Beschäftigte ihre Arbeitszeit über einen Zeitraum von maximal zwei Jahren auf bis zu 15 Wochenstunden reduzieren können, wenn sie einen Angehörigen pflegen. Das Gehalt während dieser Zeit entspricht der Anzahl der neuen Stunden plus der Hälfte der Differenz zum alten Gehalt. Zum Ausgleich wird nach der Familienpflegezeit weiterhin nur das geringere Gehalt zuzüglich des Aufstockungsbetrages gezahlt bis das Zeitkonto wieder ausgeglichen ist. Um die Risiken einer Berufs- und Erwerbsunfähigkeit gerade für kleinere und mittlere Unternehmen zu minimieren, muss jeder Beschäftigte, der die Familienpflegezeit in Anspruch nimmt, zu diesem Zeitpunkt eine Versicherung abschließen, die mit dem letzten Tag der Lohnrückzahlungsphase der Familienpflegezeit endet.

Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP **Klima- und Umweltschutz im und durch den Sport stärken – Für eine verantwortungsvolle Sportentwicklung in Deutschland** wurde zudem bekräftigt, dass der organisierte Sport in Deutschland mit seinen Programmen zum Umwelt- und Klimaschutz und mit seinem Engagement zu internationalen Sportgroßveranstaltungen zukunftsweisende Maßstäbe setzt, um einen Sport im Einklang mit der Natur zu ermöglichen. Wir bestärken in diesem Zusammenhang das international gelobte, nachhaltige Bewerbungskonzept des Projekts „München 2018“.



Die Themen aus dem Parlament

Mit dem in erster Lesung beratenen **Gesetz zur Novellierung des Finanzanlagenvermittler- und Vermögensanlagenrechts** soll der Anlegerschutz im Bereich des so genannten grauen Kapitalmarkts gestärkt werden. Das Gesetz sieht dabei Regelungen vor, die sowohl bei den Produkten als auch bei den Vermittlern solcher Produkte ansetzen. Die sogenannten „freien“ (gewerblichen) Vermittler werden stärker reguliert und der Anlegerschutz im Grauen Kapitalmarkt verbessert. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) wird künftig Verkaufsprospekte für Graumarktprodukte („Vermögensanlagen“) auch auf Kohärenz und Widerspruchsfreiheit statt wie bislang lediglich auf Vollständigkeit prüfen. Auch müssen Verlaufsprospekte zukünftig zusätzliche Angaben enthalten, auf deren Grundlage sich Anleger ein Bild über die Zuverlässigkeit von Emittenten machen können. Der Gesetzentwurf enthält zudem Änderungen im Prospekthaftungsrecht, etwa die Verlängerung der Verjährung von Prospekthaftungsansprüchen.

Mit dem in erster Lesung beratenen **Gesetz zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts** wird die EU-Abfallrahmenrichtlinie in deutsches Recht umgesetzt. Darüber hinaus wird das seit 1996 geltende Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz ökologisch fortentwickelt. Ziel des neuen „Kreislaufwirtschaftsgesetzes“ ist eine nachhaltige Verbesserung der Ressourceneffizienz durch eine Stärkung der Abfallvermeidung und des Recyclings von Abfällen. Mit der Einführung einer ab dem Jahr 2015 zu erfüllenden Pflicht zur Getrenntsammlung von Bioabfällen sowie von Papier-, Metall-, Kunststoff- und Glasabfällen legt das Gesetz die Grundlage für ein hochwertiges Recycling von Abfällen mit einem hohen Ressourcenpotential. Bis zum Jahr 2020 sollen 65% aller Siedlungsabfälle recycelt und 70% aller Bau- und Abbruchabfälle stofflich verwertet werden. Vorgesehen ist zudem die Einführung einer Rechtsgrundlage für die Einführung einer „einheitlichen Wertstofftonne“.

Zur Beschlussfassung stand am 09. Juni 2011 der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zur **Errichtung einer Interparlamentarischen Konferenz zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik bzw. Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union** an. Die Interparlamentarische

Aktuelle Termine

Konferenz soll die Vernetzung der wichtigsten Akteure der Außen- und Sicherheitspolitik der nationalen Parlamente der EU-Mitgliedsstaaten und des Europäischen Parlaments sicherstellen. Die Stärke der nationalen Delegationen soll sich nach dem Koalitionsantrag an der Parlamentarischen Versammlung des Europarates orientieren.

Anlässlich des **20. Jahrestages der Unterzeichnung des Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen** gibt der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen Deutschland und Polen – Verantwortung aus der Geschichte für die Zukunft in Europa einen Anstoß für die Gestaltung des deutsch-polnischen Verhältnisses in der näheren Zukunft. Der Antrag zieht eine Bilanz der bilateralen Zusammenarbeit auf den Feldern von Politik, Wirtschaft, Umwelt, grenzüberschreitender Zusammenarbeit Kultur, Wissenschaft und zivilgesellschaftlichem Austausch und stellt für jedes dieser Gebiete konkrete Forderungen auf, um die deutsch-polnischen Beziehungen weiter voranzubringen.

Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis90/Die Grünen **Belarus nach den Wahlen - Repressionen beenden** werden die brutale Unterdrückung der weißrussischen Opposition verurteilt. Die Koalition fordert dabei die Bundesregierung auf, sich gemeinsam mit den EU-Partnern für die unverzügliche Freilassung der im Zusammenhang mit den Protesten vom 19. Dezember 2010 Verhafteten und zum Teil bereits Verurteilten einzusetzen sowie darüber hinaus gegenüber der weißrussischen Regierung darauf zu dringen, dass künftig friedliche Demonstrationen und Versammlungen nicht verboten werden.

Wahlkreisbüro in Halberstadt	
Fischmarkt 12 b 38820 Halberstadt	
E-Mail: heike.brehmer@wk.bundestag.de	
Tel:	(0 39 41) 62 06 14
Fax:	(0 39 41) 67 82 29



***Bedeutung des sozialen Netzwerkes „Familie“ wird unterschätzt.***

Laut einer Untersuchung des Instituts für Demoskopie Allensbach glaubt eine Mehrheit der Deutschen nicht, dass um den Sozialstaat ein „Krieg der Generationen“ geführt werden wird. Nur ein Drittel der Deutschen hält ernsthafte Verteilungskämpfe für denkbar. Als maßgeblichen Grund für diese Erwartung machen die Allensbacher Demoskopien den Faktor „Familie“ aus, die neben den staatlichen Sicherungssystemen einen bislang unterschätzten Anteil an der individuellen Absicherung und dem Interessenausgleich zwischen den Generationen habe. So geben nur 51% der Befragten an, dass die staatliche Absicherung im Alter, bei Krankheit und Arbeitslosigkeit zu ihrem persönlichen Sicherheitsgefühl beiträgt – 76 % nennen hingegen die Familie. 82% der Befragten berichten zudem von einem starken familiären Zusammenhalt. So können 54% der Eltern mit Kindern unter 14 Jahren auf eine regelmäßige Kinderbetreuung während der Arbeitszeiten vertrauen. Auch finanzielle Unterstützung ist selbstverständlich, etwa beim Kauf von Kinderbekleidung (58%) oder beim Tätigen von Geldanlagen für die Enkelkinder (40%). Mehr als 15% der Familien mit Kindern unter 14 Jahren erhalten zudem kontinuierlich finanzielle Hilfe von der älteren Generation. Umgekehrt unterstützen die Jüngeren ihre Eltern und Großeltern in Haushalt, Garten, bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit. Insgesamt laufen die Transfers jedoch primär von der älteren zur mittleren und jüngeren Generation. Die Einkommen der Eltern und Großeltern würden daher nicht primär unter dem Aspekt des staatlich organisierten Interessenausgleichs, sondern als ein Besitzstand wahrgenommen, an dem die jüngere Generation unmittelbar partizipiere.

(Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach in FAZ vom 18. Mai 2011)

Jobwunder geht weiter.

Die Arbeitslosigkeit ist im Mai im Zuge der auslaufenden Frühjahrsbelegung um 118.000 auf 2.960.000 gesunken. Im Vergleich zum Vorjahr waren damit im Mai 276.000 weniger Arbeitslose registriert. Maßgeblich für diese Entwicklung ist der Konjunkturaufschwung, der zu einem deutlichen Zuwachs der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung geführt und damit für viele Menschen die Chancen erhöht hat, der Arbeitslosigkeit durch Aufnahme einer Beschäftigung zu entrinnen. Entlastend wirkt außerdem ein seit mehreren Jahren rückläufiges Arbeitskräfteangebot.

Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung haben in saisonbereinigter Rechnung weiter deutlich zugenommen und liegen über dem Vorjahresniveau. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ist die Zahl der Erwerbstätigen im April saisonbereinigt um 28.000 gestiegen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat im März saisonbereinigt um 68.000 zugenommen (vorläufige Daten). Nicht saisonbereinigt hat sich die Erwerbstätigkeit von März auf April im Zuge der Frühjahrsbelegung um 205.000 auf 40,72 Mio. erhöht. Gegenüber dem Vorjahr ist die Erwerbstätigkeit um 515.000 gestiegen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung lag im März nach der Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit bei 28,09 Mio.; gegenüber dem Vorjahr war das ein Zuwachs von 692.000. Dabei hat die sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung im Vorjahresvergleich um 440.000 und die sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung um 249.000 zugenommen.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

INFORMATIONSDIENST DER ARBEITSGRUPPE TOURISMUS



Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Leserinnen und Leser,

Sie erhalten heute den Newsletter der Arbeitsgruppe Tourismus. Er soll Ihnen einen Einblick in unsere Arbeit geben und über aktuelle politische Themen informieren. Für Anregungen oder Fragen stehen ich und die Mitglieder meiner Arbeitsgruppe gerne zur Verfügung.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen Ihre

Die Entwicklung der Tourismuswirtschaft gibt Grund zur Freude. Die Gesamtzahl der **Übernachtungen in den Beherbergungsbetrieben Deutschlands stieg 2010** nach den vorläufigen Ergebnissen des Statistischen **Bundesamtes um drei Prozent auf 380,3 Millionen**. Ein Rekord! Nie wurde seit der Einführung der gesamtdeutschen Erhebung im Jahr 1992 ein höherer Wert erzielt! Was zeigen die Daten? Die Deutschen schätzen weiter den Urlaub im eigenen Land: **Die Zahl ihrer Übernachtungen stieg auf 320 Millionen (plus zwei Prozent)**. Jenseits der eigenen Grenzen konnte die Destination Deutschland in der Gunst der Reisenden besonders kräftig zulegen: **Die Zahl der Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland stieg um zehn Prozent auf 60,3 Millionen**. Kurz: Unser Reiseland ist gestärkt aus der Krise hervorgegangen und punktete erfolgreich im internationalen Wettbewerb.

Diese Zahlen machen deutlich: Der Kurs der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist richtig. Wir werden die Vermarktung des Reiselandes Deutschland weiter vorantreiben und die Tourismuspolitik den Herausforderungen der Zeit anpassen, wie zuletzt bei der Fort- und Weiterbildung geschehen. Die Voraussetzungen, dass unser Land 2011 an die Erfolge des Vorjahres anknüpfen kann, stehen nicht zuletzt dank Großereignissen wie der Ski-WM, der Frauen-Fußball-WM oder dem Eurovision Song Contest gut. Wir Tourismuspolitiker der Union werden uns weiter für politische Rahmenbedingungen stark machen, die dazu beitragen, das Potenzial unseres Reiselandes bestmöglich auszuschöpfen.

Inhalt:

Gespräch mit dem Präsidenten des Deutschen Reiseverbandes, Jürgen Büchy im Jakob-Kaiser-Haus am 8. Januar 2011 (Seite 2)

Gespräch mit dem Leiter der Repräsentanz der Deutschen Bahn AG in Berlin, Alexander Kaczmarek am 25. Januar 2011 (Seite 3)

Reiseland Deutschland kann sich auf der ITB sehen lassen (Seite 4-5)

24. Februar 2011 Plenarrede Ingbert Liebing zum Antrag der Fraktion die Linke „Mitgliedschaft in der International Organisation of Social Tourism (OITS)“ (Seite 6-7)

Bericht von Heike Brehmer und Christian Hirte zum Reformationsjubiläum 2017 (Seite 8)

Tourismus vor Ort: Bericht Besuch im Wahlkreis von Andrea Voßhoff (Seite 9-10)

Bericht: Jüngste Entwicklung im Wassertourismus (Seite 11)

Gespräch mit dem Präsidenten des Deutschen ReiseVerbandes, Jürgen Büchy im Jakob-Kaiser-Haus am 18. Januar 2011

Der Deutsche ReiseVerband (DRV), Interessenvertretung mittelständischer und großer Unternehmen der Reisebranche, hat seit November 2010 einen neuen Präsidenten. Jürgen Büchy, zuletzt Geschäftsführer DB Vertrieb, folgte Klaus Laepple, der das Amt zehn Jahre innehatte. Bei seinem Antrittsbesuch Anfang Januar skizzierte er der Arbeitsgruppe (AG) Tourismus seine Pläne und Ansichten zu aktuellen Herausforderungen der Branche.

Büchy machte deutlich die Verbandskommunikation intensivieren zu wollen. Als aktuell vordringliches politisches Thema des DRV wertete er die **Revision der Pauschalreiserrichtlinie**, die derzeit auf EU-Ebene erfolgt. Für die deutschen Reisebüros sei es wichtig, nicht in Mithaftung für von Veranstaltern vermittelte Reisen genommen zu werden. Erfreulich konnte Büchy mit Blick auf die von der AG Tourismus unterstützte **Novellierung des Berufsbildes des Reiseverkaufsmanns** berichten: Der Verband werde die Ergebnisse am 11. März 2011 auf einem Bildungsgipfel im Rahmen der Internationalen Tourismus-Börse bekannt geben.

Ausbildungsoffensive gegen Fachkräftemangel

Büchy hob hervor, die Ausbildung der Reiseverkehrsleute müsse wieder attraktiver werden, um Fachkräftemangel entgegen zu wirken. Dies versuche der DRV mit seiner Ausbildungsoffensive, bei der sich Jugendliche im Internet über die Ausbildung informieren und über eine Stellenbörse aktuelle Ausbildungsplatzangebote finden können. Laut Büchy hat der Verband darüber hinaus die Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit vertieft und Informationsveranstaltungen in Kooperation mit dem Berufsinformationszentren, Berufsschulen und allgemeinbildenden Schulen sowie Präsentationen auf Azubi-Messen durchgeführt.



Heike Brehmer, Klaus Brähmig, Jürgen Büchy DRV, Marlene Mortler, Ingbert Liebing, Christian Hirte, Anne Steinbrück DRV

Die AG-Vorsitzende, Marlene Mortler, nutzte Büchys Besuch, um dem DRV aus aktuellem Anlass für die Koordination der reibungslosen Rückholaktion deutscher Urlauber aus Tunesien zu danken. Mortler betonte, die Branche habe in Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt einmal mehr unter Beweis gestellt, dass sie in Krisensituationen schnell und effizient reagiere und sich umfassend um ihre Kunden im Ausland kümmere.

Die CDU/CSU-Fraktion werde weiter die Bemühungen des DRV unterstützen, jungen Menschen die Attraktivität des Berufsfeldes Tourismus näher zu bringen und die Kommunikation innerhalb der Branche zu verbessern. In einem federführend von der AG Tourismus erstellten Koalitionsantrag „Aus- und Weiterbildung in der Tourismuswirtschaft verbessern“ vom 1. Juli 2009 (BT-Drs. 16/13614) wurde die Bundesregierung bereits zu einer Reihe von konkreten Maßnahmen aufgefordert. Auch bei den gegenwärtigen Plänen der Europäischen Kommission im Tourismusbereich und Tourismus relevanten Themen wurde eine enge Zusammenarbeit zwischen der Arbeitsgruppe Tourismus und des DRV vereinbart.

Gespräch mit dem Leiter der Repräsentanz der Deutschen Bahn AG in Berlin, Alexander Kaczmarek, am 25. Januar 2011

Rund **2,4 Milliarden Fahrgäste** jährlich nutzen in Deutschland die Deutsche Bahn. In diesem schneereichen Winter geriet das Unternehmen heftig in die Kritik. Der Grund: wetterbedingte Störungen. Diese standen daher im Zentrum des Antrittsbesuchs des neuen Leiters der Unternehmensrepräsentanz Berlin, Alexander Kaczmarek, Ende Januar. Kaczmarek, zuletzt in der Abteilung Politische Beziehung zuständig für Regierungskontakte, hob angesichts der Kritik die Leistungen der Bahn hervor.

Die Witterung habe den gesamten Reiseverkehr getroffen. Zu den **täglich 340.000 Fahrgästen** seien **zusätzlich pro Tag 60.000 Menschen im Ersatzverkehr befördert** worden. Die Bahn sei damit der einzige Verkehrsträger gewesen, der trotz schwieriger Witterungsbedingungen zusätzlich Fahrgäste befördert habe. Aufgrund der technischen Probleme sei keine Betriebsreserve mehr verfügbar gewesen. Die Folge: Es konnten nicht genügend Züge für den erhöhten Bedarf zur Verfügung gestellt werden. Erschwerend sei hinzugekommen, dass nicht jeder Zug auf jeder Strecke einsetzbar ist.

Bessere Anbindung deutscher Ferienregionen

Mit Blick auf die Zukunft des Fernverkehrs der Bahn in Deutschland erläuterte Kaczmarek, geplant sei ein Ausbau des Fernverkehrs in der Fläche. Die Züge sollten möglichst im Zweistundentakt deutsche Ferienregionen ansteuern. Für die AG Tourismus wäre dies ein wichtiger Schritt zur Erfüllung ihrer langjährigen Forderung, die umweltfreundliche Erreichbarkeit von Reisezielen im ländlichen Raum zu verbessern. Ziel sollten weitgehend umsteigefreie Verbindungen von wichtigen Ballungsräumen sein. Die AG begrüßt diese Pläne, mit denen die Deutsche Bahn ihre Funktion als natürlicher Partner der deutschen Tourismuswirtschaft noch besser erfüllen kann.



Ingbert Liebing, Marlene Mortler, Alexander Kaczmarek Deutsche Bahn AG, Heike Brehmer

Fortschritte gibt es auch bei der von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion seit vielen Jahren geforderten **besseren Barrierefreiheit** und der **Fahrradmitnahme im Hochgeschwindigkeitszug ICE**. Diese Punkte waren u.a. in den von der AG federführend erstellten Koalitionsanträgen „Barrierefreien Tourismus weiter fördern“ (BT-16/12101 vom 4. März 2009) und „Den Fahrradtourismus in Deutschland umfassend fördern“ (BT-Drs. 16/3609 vom 29. November 2006) enthalten. **Von insgesamt 5 700 Bahnhöfen** in Deutschland hat die Bahn bisher **2 000 Bahnhöfe barrierefrei** umgebaut. Aus dem Konjunkturpaket II des Bundes werden weiterhin jedes Jahr 100 Bahnhöfe barrierefrei gestaltet. Die für **2013 bestellten neuen IC-Doppelstockwagen** sollen zudem **erstmalig über eine fahrzeuggebundene Einstiegshilfe** verfügen. In diesen Doppelstockwagen und in den ICE-Zügen der nächsten Generation sind laut Kaczmarek außerdem Fahrradabstellplätze vorgesehen. Eine Umrüstung der gegenwärtig im Einsatz befindlichen ICE-Züge sei nicht vertretbar, da zu aufwändig. Grundsätzlich bleibe der Fahrradtransport in Deutschland auf Grund des dezentralen Netzes und der vielen Haltepunkte aber auch in Zukunft schwierig.

Reiseland Deutschland kann sich auf ITB sehen lassen

Auf der weltgrößten Reisemesse, der Internationalen **Tourismus-Börse** in Berlin, präsentierten sich im **März 2011 rund 11.000 Aussteller aus über 180 Ländern** – ein Rekord. Das Reiseland Deutschland braucht sich hinter der internationalen Konkurrenz nicht verstecken. Im Gegenteil, bilanzierte die tourismuspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Marlene Mortler, nach einem Messerundgang der AG in nachfolgender Pressemitteilung:

„Der Tourismusstandort Deutschland kann sich selbstbewusst auf der ITB 2011 präsentieren: Er war als Reiseziel mit rund **380 Millionen Gästeübernachtungen in 2010** beliebter denn je und ist damit gestärkt aus der Krise hervorgegangen. Das **Plus von zehn Prozent** bei den **Auslandsübernachtungen** zeigt: Unsere beständige Förderung der für Auslandswerbung zuständigen Deutschen Zentrale für Tourismus (DZT) zahlt sich aus. Deutschland kann nicht nur mit seinem sehr guten Preis-Leistungsverhältnis punkten. Mit Themenjahren wie „Kulturhauptstadt Europas-Ruhr 2010“ „Creative Germany“ (2010) oder „Gesundheitsurlaub und Wellness“ (2011) setzt die DZT bei der Vermarktung auf die richtigen Trends.

2011 bietet beste Voraussetzungen, an 2010 anzuknüpfen: Laut einer BBC-World-Service-Umfrage unter 27 Nationen konnte **Deutschland** seinen **Spitzenrang als beliebtestes Land** ausbauen. Und einer ADAC-Studie zufolge ist die Reiselust der Deutschen so groß wie seit sechs Jahren nicht. Mit Großereignissen wie der Frauen-Fußball WM oder dem Eurovision Song Contest kann sich Deutschland auch über die ITB hinaus international als attraktives, gastfreundliches Reiseland präsentieren. Die Vermarktung der Luther-Dekade (2008-2017) - der Bund ist hier allein 2011 mit fünf Millionen Euro Förderung dabei – ist nur ein Beispiel für die touristischen Potenziale, die mit dem kulturellen Reichtum unseres Landes verbunden sind. Diese gilt es weiter nach Kräften auszuschöpfen.

Gleiches trifft auf den Tourismus im ländlichen Raum zu. Dieser hatte am allgemeinen Aufschwung teil, bietet aber noch ein vergleichsweise großes Ausbaupotenzial. Mit der Tourismuskonzeption für den ländlichen Raum wollen wir unseren Beitrag leisten, die Chancen in diesem Segment bestmöglich zu nutzen.“



Mitglieder der Arbeitsgruppe am Frankenstand

Nordafrika im Blick – Tourismus und Menschenrechte gehören zusammen

Ein zentrales Thema während der ITB waren die Entwicklungen in Nordafrika. Im Rahmen des Messerundgangs suchten die AG-Mitglieder daher das Gespräch mit Tourismusministern der betroffenen Staaten. Ägypten macht deutlich, dass es sich schnell auf die neue Situation eingestellt hat. Bereits zur ITB warb das Land gezielt mit dem Motto „Das Land der friedlichen Revolution“. **Ägyptens Tourismusminister, S.E. Mounir Fakhry Abdel-Nour**, zeigte sich sogar überzeugt, die Revolutionsplätze würden sich zu touristischen Attraktionen entwickeln. Die **Ferienregionen am Roten Meer** seien nach wie vor **sicher**.

Auch der **tunesische Tourismusminister, S.E. Mahdi Houas**, versicherte, die **Sicherheit für Touristen** sei in seinem Land **gewährleistet**. Der Staat und die Menschen hätten sich verändert. Tunesien sei jetzt ein freies Land, das schnell sein „neues, demokratisches Gesicht“ zeigen wolle. Auf Nachfrage der AG-Mitglieder erklärte der Minister, es habe keine Zerstörungen historischer Stätten durch die Revolution gegeben.

Allerdings sei die **jetzt abgesetzte Herrscherfamilie** für frühere Zerstörungen verantwortlich, etwa durch Neubauten im Archäologischen Gebiet von Karthago. In Deutschland führte die tourismuspolitische Bewertung der Ereignisse in Nordafrika zu einem Schlagabtausch zwischen Tourismuspolitikern und dem Präsidenten des Bundesverbands der Deutschen Tourismuswirtschaft (BTW). Auslöser war die Mahnung des Tourismusausschuss-Vorsitzenden Klaus Brähmig, von Gastländern künftig hohe Standards bei der **Einhaltung von Menschenrechten** einzufordern. Zudem müsse überlegt werden, keine Reisen in Diktaturen anzubieten.

Dafür wurde er vom BTW-Präsidenten Klaus Laepple in persönlich verletzender Weise öffentlich kritisiert. Dagegen äußerten mehrere Vertreter von Reiseveranstaltern Verständnis und einen gewissen Diskussionsbedarf. Der Tourismus-Ausschuss wird sich demnächst näher damit befassen, ob und wie der



Arbeitsgruppe im Gespräch mit dem tunesischen Tourismusminister



Arbeitsgruppe im Gespräch mit dem ägyptischen Tourismusminister

Tourismus zu positiven gesellschaftlichen Veränderungen in den Zielländern beitragen kann und ob Reiseveranstalter künftig mehr auf die Einhaltung von Menschenrechten achten bzw. darüber informieren sollten.

Grundlage eines Gesprächs im Herbst 2011 soll der 1999 von der Generalversammlung der Welttourismusorganisation UNWTO beschlossene Globale **Ethikkodex für Tourismus** sein. Auf Anregung der AG-Vorsitzenden Marlene Mortler wird bereits am 6. Juli 2011 ein Expertengespräch zum Thema „Tourismus und Menschenrechte“ mit Vertretern der Tourismuswirtschaft, der Wissenschaft und der Kirche stattfinden.



24.2.2011

Plenarrede Ingbert Liebing zum Antrag der Fraktion die Linke „Mitgliedschaft in der International Organisation of Social Tourism (OITS)“

Herr Präsident / Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen!

Wir diskutieren heute über den Antrag der Fraktion die Linke, die die Bundesregierung zur Mitgliedschaft in der International Organisation of Social Tourism (OITS) auffordert.

Was bedeutet eigentlich „Sozialtourismus“? Die Organisation OITS und die Fraktion die Linke haben selbst keinen eindeutigen Begriff dafür. Sozialtourismus wird umschrieben als Tourismus von Personen, die auf Grund ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse, einer körperlichen oder geistigen Behinderung, persönlicher oder familiären Isolation, eingeschränkter Mobilität oder geographischen Schwierigkeiten ganz oder teilweise unfähig sind, ihr Recht auf Tourismus wahrzunehmen.

Die Teilhabe am Tourismus aller Bevölkerungskreise ist erklärtes Ziel der Bundesregierung, wie sie auch in ihren tourismuspolitischen Leitlinien festgestellt hat. Diesem Ziel fühlt sich auch die CDU/CSU-Fraktion verpflichtet. Der von den Linken geforderte Weg ist aber nicht zielführend. Er vernachlässigt, dass wir bereits eine Fülle von Familien-, Jugend-, Studenten-, und Seniorentourismus und Tourismus für Behinderte haben. Vor allem im öffentlichen Bereich wird derzeit ein breiter Zugang zu Erholung, Urlaub und Freizeiten angeboten.

Gern möchte ich an dieser Stelle zur Erinnerung einmal die wichtigsten Anbieter nennen und dabei auch die Arbeit meiner Fraktionskollegen ausdrücklich loben, die

sich hier im Rahmen ihrer Arbeit für die Förderung solcher Angebote einsetzen.

Aus dem Haushalt des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend werden allein für das Jahr 2011 insgesamt 42,343 Millionen Euro für die Förderung des Jugendtourismus eingesetzt:

- 20,317 Millionen Euro für die Förderung der internationalen Jugendarbeit im Rahmen des Kinder- und Jugendplans des Bundes (KJP)
- 10,226 Millionen Euro für das Deutsch-Französische Jugendwerk
- fünf Millionen Euro für das Deutsch-Polnische Jugendwerk
- fünf Millionen Euro für Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätten sowie Jugendherbergen

Die Bundesregierung fördert bereits Familienferienstätten, Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätten, Jugendherbergen sowie die Nationale Koordinierungsstelle Tourismus für Alle e.V. (NatKo).

Zu nennen wäre auch der katholische Arbeitskreis für Familienerholung, deren Vorsitzende meine Kollegin Frau Winkelmeier-Becker ist. Zusammen mit dem Evangelischen Arbeitskreis Familienerholung und mit dem Paritätischen Arbeitskreis für Familienerholung bildet er die Bundesarbeitsgemeinschaft Familienerholung.

Zentrales Anliegen dieser Organisationen ist es, Familien mit vielen Kindern einen preiswerten Urlaub in familienfreundlichen Unterkünften anzubieten und den Zusammenhalt in den Familien zu stärken. Dafür gibt es in Deutschland 120 gemeinnützige Familienferienstätten, die seit den 50er Jahren entstanden sind.

Diese Einrichtungen stellen 3.000 Arbeitsplätze und erwirtschaften bei ca. drei Millionen Übernachtungen pro Jahr 100 Millionen Euro Umsatz. Sie befinden sich meist in strukturschwachen Gebieten und geben wirtschaftliche Impulse für ländliche Räume. Familienerholung wendet sich an alle Familien, doch werden finanziell benachteiligte und kinderreiche Familien, Alleinerziehende sowie Familien mit behinderten Kindern oder behinderten Angehörigen besonders berücksichtigt.

Aus dem Bundeshaushalt werden Bau und Renovierung von Familienferienstätten gegenwärtig mit 1,8 Millionen Euro pro Jahr gefördert (BMFSFJ-Titel) in Kofinanzierung mit den Bundesländern und den Trägern (jeweils ein Drittel).

Angebote für Familienberatung, zur Stärkung der Familienkompetenz und zur gesundheitlichen Prävention spielen dabei heute eine große Rolle. Solche Angebote in Verbindung mit einem Urlaub gibt es bei der kommerziellen Konkurrenz nicht. Familienerholung befindet sich damit an einer Schnittstelle von Familienpolitik, Sozialpolitik und Tourismuspolitik.

Dies alles zeigt: Es gibt vielfältige, auch niederpreisige Angebote, um allen Bevölkerungskreisen Urlaub vom Alltag zu ermöglichen.

Dafür brauchen wir keine Mitgliedschaft in einer internationalen Organisation, davon hätte keine einzige Familie, die wir im Blick haben, etwas.

Statt also Neues zu fordern, sollten wir lieber die bewährten Strukturen fördern!

Wichtig ist hierbei eine bessere Vermarktung beispielsweise der Familienferienstätten, die z.Z. lediglich über einen eigenen Katalog erfolgt, der auf Anfrage verschickt wird. Gegenwärtig erstellt die Bundesarbeitsgemeinschaft unter Federführung des evangelischen Arbeitskreises einen Antrag auf Förderung eines dreijährigen Projektes, in dem aufgearbeitet werden soll, was Familienerholung leistet und wie das Marketing verbessert werden kann.

Die Kosten würden insbesondere aus Personalkosten in Höhe von 200.000 Euro pro Jahr bestehen, wobei der größte Anteil vom BMFSFJ finanziert werden soll.

Auch diese konkreten Projekte helfen mehr als die Forderungen der Linken.

Lassen Sie mich abschließend auf einen Aspekt hinweisen, der mir besonders am Herzen liegt. Die Linken schreiben in ihrem Antrag vom „Recht auf Tourismus“. Welche Dreistigkeit steckt hinter dieser Haltung der Linken! Sie sind die direkten Nachfolger der SED, Ihre Parteivorsitzende träumt schon wieder offen vom Kommunismus. Sie stehen in direkter Tradition derer, die ihr Volk in der damaligen DDR mit Mauer und Stacheldraht eingesperrt haben, in einem Land, in dem es kein „Recht auf Tourismus“ gab, kein freies Reisen, sondern Reisebeschränkungen und Ausreiseverbote. Tourismus war staatlich organisiert und reglementiert. Und gerade Sie reden jetzt vom „Recht auf Tourismus“? Sie sind die allerletzten in diesem Hause, die diese Forderung in den Mund nehmen dürfen!

AG begleitet Reformationsjubiläum von Beginn an

Bericht der Berichterstatter Heike Brehmer und Christian Hirte:

Im Oktober 2008 fiel in Wittenberg der Startschuss für die Lutherdekade. Bis zum 500. Jubiläum des Lutherschen Thesenanschlags im Jahr 2017 soll in Themenjahren, mit Veranstaltungen, Vorträgen, Publikationen, Ausstellungen auf die Reformation und all ihre Folgen aufmerksam gemacht werden. Die Arbeitsgruppe Tourismus hat dieses Thema von Anfang an sehr intensiv begleitet und Initiativen auf den Weg gebracht.

Die **Lutherdekade** bewegt sich aus touristischer Perspektive an einer spannenden Nahtstelle zwischen **Kulturtourismus**, **Geschichtstourismus** und auch **religiösen touristischen Angeboten**. Alle sind wichtige Wachstumsbranchen, und zahlreiche Ausstellungen oder thematische Tourismusprojekte aus der Gegenwart zeigen, welches Besucherpotenzial damit erreicht werden kann. Bereits 2008 wurde von der AG ein Antrag im Bundestag erarbeitet, der den Bund zu Engagement im Rahmen seiner Möglichkeiten aufforderte. Dies betraf etwa die Förderung der mit Luther verknüpften UNESCO-Stätten, die weiter hohe Förderung der Deutschen Zentrale für Tourismus und vieles andere mehr. Seitdem haben insbesondere die beiden Abgeordneten Christian Hirte und Heike Brehmer als Berichterstatter dieses Thema auch regional immer weiter vorangebracht. Christian Hirte etwa führt seit 2008 eine eigene Vortragsreihe mit dem Titel „500 Jahre danach: Kommerz, Glaube und Aufbruch“ durch, bei der das Reformationsjubiläum unter zahlreichen Aspekten illustriert werden soll: Tourismus, Konfession und Ökumene, Politik und Gesellschaft. Die CDU-Bundestagsabgeordnete Heike Brehmer aus Sachsen-Anhalt ist seit 2009 Mitglied in der Arbeitsgruppe Tourismus. Sie unterstützt die Aktivitäten der AG zur Lutherdekade und freut sich über die finanzielle

Unterstützung des Bundes im Rahmen des Jubiläums. Beide Berichterstatter stehen dabei in engem Kontakt zu den Kulturpolitikern der Union, die das Thema ebenfalls mit großem Nachdruck verfolgen.



Bernd Neumann, Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien; Christian Hirte

Auch auf **Initiative** der **AG-Mitglieder** wurde im **Etat des Kulturstaatsministers** ein Haushaltstitel geschaffen. **Seit 2011** stellt der **Bund jährlich fünf Millionen Euro zur Verfügung**, um gezielt Projekte zu fördern. Hinzu kommen **Städtebaumittel**, die ausdrücklich auch für **Sanierungsarbeiten von Kirchen im Rahmen des Reformationsjubiläums** verwandt werden sollen. 2009 und 2010 legte der Bund ein Programm für UNESCO-Welterbestätten auf, von dem u.a. die Wartburg und die Luthergedenkstätten in Wittenberg mit jeweils mehreren Millionen Euro profitieren konnten. Der Bund hat insbesondere in finanzieller Hinsicht seine Hausaufgaben seit 2008 gemacht. Die AG Tourismus hat auch in zahlreichen Fachgesprächen das Reformationsjubiläum beleuchtet, neue Ideen aufgegriffen und die eigenen Ziele vorgestellt. Im Rahmen der Klausurtagung im Februar 2011 in Wittenberg war dies ein Schwerpunktthema, wie bereits auch bei der Klausurtagung in Eisenach 2009. Derzeit erarbeitet die Arbeitsgruppe gemeinsam mit der AG Kultur und Medien einen erneuten Antrag für den Bundestag, um für das Thema im Parlament das nötige Forum zu schaffen.

Tourismus vor Ort

Unser Reiseland Deutschland kann sich im internationalen Wettbewerb sehen lassen. Doch wie gelingt es einer Region, bestmöglich vom Geschäft mit der Reiselust zu profitieren, und welchen Beitrag kann die Politik dazu leisten? Anregungen verspricht die Reihe „Tourismus vor Ort“ der AG Vorsitzenden Marlene Mortler.

Seit Sommer 2010 besucht Mortler interessierte Fraktionskollegen in ihren Wahlkreisen zu Gesprächen

Tourismus vor Ort – Ein Fallbeispiel

Jüngstes Beispiel: Der Besuch des Wahlkreises 61 von Andrea Voßhoff in Brandenburg. Wald, Wasser und Kultur sind drei wichtige Themen im Wahlkreis. So haben neben Königin Luise von Preußen und Theodor Fontane beispielsweise auch Otto Lilienthal und Albert Einstein Spuren in der Region hinterlassen. Diese Persönlichkeiten werden touristisch vermarktet. Kultureller Höhepunkt des Jahres ist das **850jährige Jubiläum des Domkapitels** in Brandenburg. Vom 20. bis 25. Juni ist die Region Gastgeber des **Deutschen Wandertags** des Deutschen Wanderverbands.

2015 soll die **Bundesgartenschau**, die sich über zwei Länder von Dom (Brandenburg/Havel) zu Dom (Havelberg in Sachsen-Anhalt) erstreckt, für zusätzliche Besucher in der Havelregion sorgen. Ein Schwerpunkt im Rahmen des auch vom Bund unterstützten **Reformationsjubiläums** (s. Bericht Brehmer/Hirte) wird die Sanierung des Museums in Kloster Zinna sein.

Ein Garant für Gäste von außerhalb ist in der Stadt Brandenburg der **Wassersport**. Geht es nach dem Willen

mit Tourismusverantwortlichen der Region - zum wechselseitigen Gewinn: Mortler erlangt so quer durch die Republik **Einblicke in alte wie neue Tourismusprojekte**. Gemeinsame Pressetermine **sensibilisieren** insbesondere lokale Medien **für die wirtschaftliche Bedeutung des Themas**, und in ihrer Funktion als AG-Sprecherin hilft Mortler – wo es sinnvoll erscheint – Kontakte zu knüpfen.



Marlene Mortler in Diskussion mit Touristikern vor Ort

des Präsidenten des Landesruderverbands, Hartmut Duif, der dem Organisationskomitee der Ruder-WM 2015 vorsteht, soll die Regattastrecke 2015 im Rahmen der **Ruder-Weltmeisterschaft** wieder Geschichte schreiben. Warum? Die für den Wassersport und den Tourismus in der Region bedeutsame Strecke wird technisch aufgrund umfangreicher Sanierungsmaßnahmen aus den Mitteln des Konjunkturpakets II bestens für die Austragung der

Weltmeisterschaft gerüstet sein. Brandenburg an der Havel hat bereits Wassersportgeschichte geschrieben: So wurde hier bereits im August 1947 die erste Nachkriegsregatta in Brandenburg an der Havel durchgeführt. Ende der 60er Jahre wurde der Bau einer Regattastrecke beschlossen, die sich als internationale Wettkampfstätte bis heute immer wieder behaupten

Tourismuspolitischer Beitrag des Bundes

Fazit: Welche bundespolitischen Anträge sind für die Region besonders wichtig, und welchen Beitrag zur touristischen Entwicklung in der Region kann die AG Tourismus leisten? Hier die wichtigsten Beispiele:

Sportereignisse: Marlene Mortler setzte sich im Gefolge des Besuchs bei Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich für die **Regattastrecke** als **Austragungsstätte der WM 2015** ein. Im **Koalitionsantrag „Potentiale von Tourismus und Sport erkennen und fördern“** (BT-Drs. 16/11402 vom 17. Dezember 2008) wurde die Bundesregierung aufgefordert, mit geeigneten Maßnahmen zur weiteren nachhaltigen Erschließung der sporttouristischen Potentiale in Deutschland beizutragen.

Wassertourismus: Die Bundesregierung arbeitet an verschiedenen **Fördermaßnahmen für den Wassertourismus**. Grundlage sind die Koalitionsanträge „Attraktivität des Wassertourismus und des Wassersports stärken“ (BT-Drs. 16/5416 vom 23. Mai 2007) und „Infrastruktur und Marketing für den Wassertourismus in Deutschland verbessern“ (BT-Drs. 16/10593 vom 15. Oktober 2008). Die AG Tourismus plant ein Fachgespräch zu diesem Thema, in dem u. a. die für die Region wichtige **Charterbootführerscheinregelung** diskutiert werden soll.

konnte. So fand beispielsweise 2009 die Europameisterschaft im Kanurennsport auf der Strecke statt – ein Gewinn auch für den Tourismus der Region. Weitere Themen, die beim Wahlkreisbesuch von Marlene Mortler diskutiert wurden, waren die **Bettensteuer** und die **Charterbootführerscheinregelung**.

Wandertourismus: Laut der ersten, vom BMWi finanzierten Grundlagenuntersuchung zum Wandertourismus hängen bundesweit rund **140.000 Arbeitsplätze** vom **Wandertourismus** ab. Jeder zweite Deutsche beschreibt sich als aktiven Wanderer. Die AG Tourismus will im Rahmen der Tourismuskonzeption der Bundesregierung für den ländlichen Raum weitere Fördermöglichkeiten zu Gunsten dieses Wachstumsmarkts geprüft wissen. Wanderer, die umweltfreundlich zu ihrem Wanderziel gelangen wollen, fehlt es oft an entsprechenden Anreisemöglichkeiten. Nötig sind eine bessere Vernetzung der Angebote und eine bessere Erschließung des Tagesausflugsverkehrs. Wichtig ist nach Ansicht der AG zudem eine intensivere Vermarktung, u.a. durch die Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT) im Ausland.

Kulturtourismus: Mit dem **Koalitionsantrag „Kulturtourismus in Deutschland stärken“** (BT-Drs. 17/676 vom 10. Februar 2010) wurde herausgestellt, dass Deutschland mit seinem reichen, einzigartigen kulturellen Erbe und seiner Vielzahl kultureller Angebote ein beliebtes Reiseziel für Kulturtouristen aus aller Welt ist. Die Bundesregierung wurde aufgefordert, in Gesprächen mit den Ländern und den kommunalen Spitzenverbänden ein gemeinsames Kultur-tourismuskonzept anzustreben, in dem die Vermarktung von Kulturangeboten in den Städten und ländlichen Regionen in gleichem Maße berücksichtigt wird.

Tourismus im ländlichen Raum: Die AG unterstützt die Erarbeitung der im Koalitionsvertrag fest gelegten **Tourismuskonzeption der Bundesregierung für den ländlichen Raum**. Sie hat außerdem den Antrag „Tourismus und Landschaftspflege verknüpfen – Gemeinsam die Entwicklung ländlicher Räume stärken“

(BT-Drs. 17/2478 vom 7. Juli 2010) in den Bundestag eingebracht. Zudem engagiert sie sich beim Thema **Breitbandausbau**, denn ohne **schnelle Internetverbindungen** verlieren touristische Anbieter im ländlichen Raum den Anschluss an die Konkurrenz.

Einsatz der AG Tourismus für den Wassertourismus

Einer Grundlagenuntersuchung im Wassertourismus von 2003 zufolge gibt es in Deutschland rund 6,4 Millionen Wassersportler, die aktiv Wassersport betreiben. Ein großer Teil entfällt dabei auf den **Kanutourismus** mit seinem insbesondere für strukturschwache Regionen wichtigen Angebot des „Wasserwanderns“.

Beim jüngsten Informationsbesuch der AG Tourismus in Franken im Sommer 2010 wurde Handlungsbedarf deutlich: Während deutschlandweit Binnenseen bereits kanutouristisch genutzt werden, waren diese Gewässer für Wasserfreunde in Bayern in gemieteten Kanus ohne Begleitung bislang tabu. Die AG-Vorsitzende Marlene Mortler griff dieses Problem auf und bat mit Unterstützung des CSU-Landesgruppenvorsitzenden Dr. Hans-Peter Friedrich den bayerischen Minister-

präsidenten Horst Seehofer, die Bayerische Schifffahrtsordnung baldmöglichst entsprechend zu ändern.

Daraufhin konnte die AG-Vorsitzende Mortler pünktlich zu Saisonbeginn gute Nachrichten für Kanuten verkünden: Künftig kann das **Paddeln in Mietkanus auch auf Bayerns Seen** unter bestimmten sicherheitsrelevanten Voraussetzungen zugelassen werden.

Ermöglicht wurde die jetzt vereinbarte Änderung durch einen Kompromiss, der auf eine Initiative der Bundesvereinigung Kanutouristik (BKT) zurückgeht. Diese hatte sich mit Vertretern der Kanuhersteller und mit tourismuspolitischer Unterstützung von Bundes- und Landesabgeordneten für eine Änderung eingesetzt.

Herausgeber:

Peter Altmaier, MdB
Stefan Müller, MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

V.i.S.d.P. Marlene Mortler MdB
Redaktion: Michael Haese,
Annette Kusch
Telefon (030) 227 52 485
Telefax (030) 227 56 276
E-Mail: marlene.mortler@bundestag.de

Einladung zum

Runden Tisch mit dem Bundesbeauftragten für den Zivildienst



Heike Brehmer
Mitglied des
Bundestages

Dr. Jens Kreuter
Bundesbeauftragter
für den Zivildienst

> Vom Zivildienst zum Bundesfreiwilligendienst

**An die Zivildienststellen und
Träger des Bundesfreiwilligendienstes
in den Landkreisen Harz und Salzlandkreis**

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 15. Dezember 2010 hat das Bundeskabinett die Aussetzung des Wehrdienstes beschlossen. Da der Zivildienst als Wehersatzdienst nicht unabhängig bestehen kann, wird damit gleichzeitig der Zivildienst zum 01. Juli 2011 ausgesetzt.

Zum 01. Juli 2011 startet nun der neue Bundesfreiwilligendienst. Frauen und Männer aller Altersgruppen können sich ab dem Sommer 2011 engagieren - und zwar auch in neuen Bereichen wie Sport, Kultur, Integration sowie im Zivil- und Katastrophenschutz.

Ihre Einrichtungen haben in der Vergangenheit Zivildienstleistende beschäftigt. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage: „Wie können Sie den Bundesfreiwilligendienst nutzen?“ Diese und andere Fragen, Hinweise und Ihre Kritik sollen Gegenstand eines Runden Tisches mit dem Bundesbeauftragten für Zivildienst, Dr. Jens Kreuter, sein.

Der Runde Tisch findet statt am:

**Dienstag, 28. Juni 2011, von 16 bis 18 Uhr im
„Diakonissen-Mutterhaus Cecilienstift Halberstadt“
Am Cecilienstift 1 / 38820 Halberstadt
<http://www.cecilienstift.com>**

Es freut mich besonders, mit Herrn Dr. Kreuter den kompetenten Ansprechpartner aus dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für Sie als Ansprechpartner gewonnen zu haben.

Für den Fall Ihrer Teilnahme bitte ich Sie um die Beachtung des Rückmeldebogens.

Ich würde mich freuen, Sie am 28. Juni 2011 in Halberstadt begrüßen zu dürfen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink that reads "H. Brehmer".

Heike Brehmer
Mitglied des Deutschen Bundestages
für Harz und Salzland

Heike Brehmer MdB
Wahlkreis 69 - Harz
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030 - 227 72960
Fax: 030 - 227 76960

heike.brehmer@bundestag.de
www.heike-brehmer.de



Rückantwort
per Fax unter: 0 39 41 / 67 82 29
per E-Mail: heike.brehmer@wk.bundestag.de

Anmeldungen erbitten wir bis Freitag, 24. Juni 2011

Rückfragen unter: 0 39 41 / 62 06 14

Am Runden Tisch „ Vom Zivildienst zum Bundesfreiwilligendienst“
am Dienstag, 28. Juni 2011 in Halberstadt

nehme ich mit _____ Personen teil .

nehme ich nicht teil.

Absender / Einrichtung:

Name, Vorname: _____

Anschrift: Straße: _____

PLZ/Ort _____

Telefon: _____

Fax: _____

E-mail: _____

.....
Datum

.....
Unterschrift